

Bildung alleine reicht nicht: Der Naturschutzpolitik gelingt es zu selten, das Verhalten der Menschen zu ändern



Es ist ein bekanntes Problem: Zu selten führt das, was Politikerinnen und Politiker an Initiativen, Empfehlungen oder Strategien auf dem Gebiet des Naturschutzes verkünden, dazu, dass die Menschen ihr Alltagsverhalten wirklich ändern. Ein deutsch-israelisches Forscherteam unter Führung des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung (UFZ) und des Deutschen Zentrums für integrative Biodiversitätsforschung (iDiv) hat sich mit den Gründen befasst. Demnach nutzen die von der Politik vorgeschlagenen Maßnahmen die Bandbreite der möglichen Verhaltenseingriffe nicht genügend aus und benennen zu selten die eigentlichen Zielgruppen, schreiben sie im Fachmagazin *Conservation Biology*.

Der Schutz bestäubender Insekten ist in der internationalen Naturschutzpolitik ein großes Thema. Aufgerüttelt durch wissenschaftliche Erkenntnisse zu hohen Bestandseinbrüchen bei Insektengruppen wie Bienen oder Schmetterlingen, die sich beispielsweise auf die Bestäubungsleistungen in der Landwirtschaft auswirken, stellt Europa den Insektenschutz in der Umweltpolitik nach vorn. Zahlreiche Regierungen in Europa haben nationale Strategien vorgelegt, wie sie den Erhalt der Bestäuber sichern wollen. Ein Forscherteam des UFZ, des iDiv und des Technion - Israel Institute of Technology analysierte acht dieser nationalen Strategiepapiere zum Schutz der Bestäuber im Hinblick auf Verhaltensänderungen in der Bevölkerung. Das Ergebnis: "Naturschutzpolitiken zum Erhalt der Bestäuber sind in dieser Hinsicht oft zu ineffektiv und ändern nur wenig am Verhalten der Menschen", sagt Erstautorin und Umweltpsychologin Dr. Melissa Marselle, die am UFZ und am iDiv zum Einfluss der Biodiversität auf die Gesundheit forscht.

Rund 610 Einzelmaßnahmen entschlüsselten die Wissenschaftler*innen in den Strategiepapieren. Anhand des Analysemodells "Behaviour Change Wheel", das aus der Gesundheitspsychologie stammt und 19 unterschiedliche Verhaltensmodelle integriert, ordneten sie diesen Modellen neun sogenannte Interventionsfunktionen zu - also Maßnahmen, wie sich das Verhalten der Menschen ändern könnte. Demnach lassen sich mit 23 Prozent die meisten der insgesamt rund 790 Verhaltensmaßnahmen dem Bereich Bildung zuordnen, danach folgen mit 19 Prozent Strukturmaßnahmen wie das Pflanzen von Hecken, die Aussaat von Blühstreifen auf Äckern oder das Anlegen von Grünanlagen in der Stadt. Rund vier Prozent der Maßnahmen lassen sich unter dem Stichwort

Modelling zusammenfassen, also zum Beispiel dem Einsatz von Best-Practice-Beispielen von vorbildlich arbeitenden Landwirten. Danach folgen Anreizsysteme etwa für Landwirte oder Kommunen (drei Prozent) und gesetzliche Regelungen (zwei Prozent). Stärkere Eingriffe wie zum Beispiel zusätzliche Steuern für den Einsatz von Pestiziden tauchten in den Politikpapieren nicht auf.

"Das zeigt, dass sich die nationalen Biodiversitätsstrategien vornehmlich auf Bildungs- und Strukturmaßnahmen konzentrieren und andere wirksame Instrumente vernachlässigen", sagt Melissa Marselle. "Bildungsmaßnahmen, mit denen Wissen vermittelt und Verständnis geweckt werden soll, sind wichtig. Aber auf Bildung alleine zu setzen, ist nicht sehr effektiv, wenn man wirklich das Umweltverhalten ändern möchte. Zielführender wäre es, sie mit einer breiten Palette anderer Maßnahmen zu koppeln." Lieferketten und Erzeugerprinzipien auf Etiketten deutlich zu machen, kann beispielsweise viele Menschen zum Kauf eines ökologischen oder bestäuberfreundlichen Produkts animieren - auch zu einem höheren Preis. Wirksam wären auch stärkere finanzielle Anreize für Landwirte, die nachhaltig wirtschaften; ebenso könnte die Zertifizierung nachhaltiger Gebäude an die Verwendung bestäuberfreundlicher Pflanzen als Blumenrabatten gekoppelt werden. Auch Steuern und Mehrkosten für Verbraucher sorgen für rasche Verhaltensänderungen: So führte in Großbritannien zum Beispiel eine Zwangsabgabe beim Kauf von Plastiktaschen zu einem Rückgang ihrer Verwendung.

Als ein weiteres Manko der Strategiepapiere wurde identifiziert, dass bei 41 Prozent der Einzelmaßnahmen die Zielgruppen nicht benannt werden. Die Ziele sind oft sehr gut beschrieben, drehen sich aber zumeist um die Frage, wie sich die Umwelt durch bestimmte Aktionen verändert. Es wird aber oft nicht näher definiert, an wen sich die Aktionen richten und wer sie umsetzen soll: die Öffentlichkeit, die Landwirte oder die lokalen Behörden? Effektiver könnte es sein, man würde sich mithilfe von Verhaltensforschern erst mal überlegen, was die verschiedenen Akteure tun können, und man sich dann darauf aufbauend Maßnahmen überlegt, wie bestimmte Ziele erreicht werden können.

Gelegenheiten, Naturschutzstrategien besser zu schreiben, gibt es derzeit einige. So muss beispielsweise die EU-Biodiversitätsstrategie 2030, die die EU-Kommission im Mai 2020 verabschiedete, in nationale Politiken umgesetzt werden. Zudem werden auf der nächsten Konferenz der Convention of Biological Diversity (CBD) im kommenden Jahr in China die globalen Ziele zum Schutz der biologischen Vielfalt für die folgenden Jahre verhandelt. "Vor diesem Hintergrund ist es von entscheidender Bedeutung zu verstehen, wie Politiken formuliert werden müssen, um zu einer wirksamen Umsetzung internationaler Naturschutzpolitik zu kommen", sagt Prof. Aletta Bonn, die an UFZ und iDiv das Department Ökosystemleistungen leitet und sich mit dem Thema Interaktion von Mensch und Natur befasst.